

hier werden einige Millionen zusammenkommen. Dazu sind weitere Millionenbeträge für die notwendige neue Feuerwache aufzubringen. Dies nötigt natürlich zur Sparsamkeit an anderen Stellen. Diese aber ausgerechnet in der Unterrichts- und Aufenthaltsqualität der Grundschüler zu realisieren, ist völlig unverständlich!

Noch ist es Zeit, diese Fehlentscheidung zu korrigieren und die Mittel für eine vernünftige und qualitativ gute Lösung einzusetzen.

R.B

## Grundschule Westbevern

### Die Standortentscheidung fällt im Herbst

Nach turbulenten Wochen und viel Unruhe in der Elternschaft, die Bürgermeister Wolfgang Pieper mit seinen Vorschlägen zur zukünftigen Grundschulentwicklung in Westbevern verursacht hatte, wurde am 21. März im Stadtrat entschieden, dass es ab Sommer 2015 nur noch einen Schulstandort in Westbevern geben wird. An diesem Schulstandort werden dann alle Westbevrer Kinder unterrichtet. Damit ist die von

Bürgermeister Pieper geplante Festlegung auf eine Einzügigkeit vom Tisch. So werden auch zukünftig alle Westbevrer Kinder an der St. Christophorus Grundschule unterrichtet. Die endgültige Standortentscheidung wird spätestens im Herbst 2013 fallen, sobald die Stadtverwaltung noch offene Fragen geklärt hat. Die Konzentration auf einen Schulstandort ist notwendig, weil im Schuljahr 2015/2016 durch die zurückgehenden Schülerzahlen nur noch 5 Schulklassen zusammen im Dorf und in Vadrup gebildet werden können.

Der Entscheidung im Rat war eine von Eltern organisierte Unterschriftenaktion vorweggegangen, die sich gegen die vorgeschlagene Beschränkung der Westbevrer Grundschule

auf eine Einzügigkeit gewandt hatte. Den Organisatoren war es gelungen, in einer Woche über 2000 Unterschriften für ihr Anliegen zu sammeln. „Ein

großer Dank gilt den Eltern, die sich so stark für ihre Kinder, aber auch für Westbevern engagiert haben.“, so CDU-Vorsitzender Bernd Hugenroth.

Die CDU will, dass alle Kinder im Ort beschult werden können. Bei der Entscheidung für einen Standort ist es für die CDU sehr wichtig, dass es eine gute Raumausstattung an der Schule gibt.

Ein vernünftiges Konzept für den Schülertransport der Grundschüler muss erarbeitet werden. Auch muss für den nicht mehr benötigten Schulstandort ein Nachnutzungskonzept unter Beteiligung der Dorfgemeinschaft und der Ver-



eine erstellt werden. Dabei müssen alternative Möglichkeiten für die Musikvereine, Sportvereine und viele andere entwickelt werden, die heute die Schulstandorte nutzen. Die CDU wird in diesem Zusammenhang die Dorfentwicklung in ganz Westbevern voranbringen.

D.G.V und P.W.

## Niederlage für Stadt und Bürgermeister!

Jetzt haben es Verwaltung und Politik schwarz auf weiß: im Orkotten West auf dem Bruensgelände darf ein neuer Discounter errichtet werden. Das hat im Eilverfahren das Verwaltungsgericht Münster entschieden. Dreh- und Angelpunkt der Begründung war die Tatsache, dass Bürgermeister Pieper selbst der Bauvor-

anfrage für die Errichtung dieses Marktes im Dezember 2011 zugestimmt hat. Heute zeigt sich, dass es eine Fehlentscheidung mit weitreichenden Folgen war und deren Rücknahme nicht möglich ist. Die Politik hatte sich bereits im Sommer 2011 durch Diskussion und Verabschiedung des Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzeptes für die Konzentration des Einzelhandels im Bereich des östlichen Orkotten ausgesprochen.

Diese Ziele sind nun Makulatur, die propagierten Visionen sind geplatzt wie die Seifenblasen. Der erklärte Wille der Politik ist durch das Handeln des Bürgermeisters ad absurdum geführt worden.

„Eine solche Mißachtung dieses politischen Willens...hat es in Telgte selten gegeben.“ Eine solche Missachtung dieses politischen Willens durch den Chef der Verwaltung hat es in Telgte selten gegeben. Eine Neuorientierung ist nun zwingend notwendig. Das wichtigste Ziel der CDU

in dieser neuen Situation wird es sein, einen ungezügelten Zubau an Einzelhandelsflächen, soweit es noch geht, zu verhindern. Denn die Konkurrenzsituation zwischen dem Handel in der Altstadt und den Geschäften am Orkotten darf nicht völlig in Schieflage geraten. Darum wird der Bereich Orkotten Ost kürzer treten müssen. Die Aufgabe des Kik-Marktes ist folgerichtig auch zu begrüßen.

Völlig absurd erscheint vor diesem Hintergrund der Versuch des Bürgermeisters, die Verkaufsfläche des Pennymarktes am Münstertor oben drein noch zu vergrößern. Dies bizarre Ansinnen konnte in der vergangenen Woche mit knapper Mehrheit im Ausschuss verhindert werden.

Hier ist eine völlig gegensätzliche Zielrichtung geboten. Denn ein möglicher Umzug dieses Marktes in den Orkotten würde den Zuwachs an Verkaufsflächen deutlich verringern.

Dem Standort am Münstertor könnten sinnvolle andere Entwicklungschancen eröffnet werden. Ob weitere Klageverfahren der Weg zum Ziel sind, darf nach Überzeugung der CDU bezweifelt werden. Nicht visionäre Schwärmerei, auch keine Klientelpolitik für einzelne Grundstückseigentümer, wie sie von der FDP betrieben wird, sondern ernsthafte Verhandlungen mit den Akteuren unter Anerkennung der rechtlichen Sachverhalte sind das Gebot der Stunde. Nur so lassen sich die städtebaulichen Ziele erreichen. Entscheidungen sind längst überfällig, damit der Imageschaden der Stadt als unkalkulierbarer Wirtschaftsstandort nicht noch größer wird. Und die Bürger erwarten von Politik und Verwaltung, dass endlich etwas passiert.

C.B.

## Dichtheitsprüfung durch die Hintertür!

Die rot-grüne Landesregierung hat mit ihrer Stimmenmehrheit im Februar die geänderte Gesetzesvorlage zur Einführung der Dichtheitsprüfung beschlossen. Zunächst werden alle Hausbesitzer in den Wasserschutzgebieten unter Generalverdacht gestellt und müssen ihre Abwasserrohre bis 2015 beziehungsweise 2020 überprüfen lassen. Durch die Ausweitung immer größerer Wasserschutzgebiete, wie kürzlich in Raestrup geschehen, wird die Dichtheitsprüfung auch in diesen Gebieten durch die Hintertür eingeführt.

In allen übrigen Gebieten können die Kommunen selbst entscheiden, ob überhaupt und in welchem Umfang eine Dichtheitsprüfung ein-



## „Namhafte Experten bestätigen, dass die Dichtheitsprüfung eine ungerechtfertigte Belastung für Bürgerinnen und Bürger ist...“

geführt wird. Damit wird die Verantwortung auf die Kommunen abgewälzt und der Ungerechtigkeit in hohem Maße Vorschub geleistet. Die Kosten einer Dichtheitsprüfung liegen je nach Aufwand bei circa 800 €. Im Sanierungsfall sind Kosten von 20.000 € keine Seltenheit.

Namhafte Experten bestätigen, dass die Dichtheitsprüfung eine ungerechtfertigte Belastung für Bürgerinnen und Bürger ist: Es gibt keine belastbaren Beweise, die auf eine Gefährdung des Grundwassers durch eventuelle Undichtigkeiten der privaten Abwasserrohre hinweisen.

Die CDU hatte sich für eine bürgerfreundlich Lösung ausgesprochen: Nur bei Neubauten, bei wesentlichen Änderungen oder einem begründeten Verdacht auf Leckagen soll eine Überprüfung der Abwasserrohre erfolgen. Das wäre ein guter Weg gewesen. Nun sind wohl die Gerichte aufgefordert, diesen Wahnsinn zu stoppen.

Übrigens: Durch die namentliche Abstimmung im Landtag kann man sehen, wem wir die Einführung der Dichtheitsprüfung zu „verdanken“ haben. Die CDU Landtagsabgeordneten für den Kreis Warendorf Astrid Birkhahn und Henning Rehbaum haben gegen die Einführung der Dichtheitsprüfung gestimmt.

K.-H.G.

## CDU Telgte Seniorenunion

Telgte ist eine Stadt, in der es sich wunderbar leben lässt.

Leider gilt das in einem speziellen Bereich nicht für alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Für behinderte und ältere Menschen, Kinderwagen schiebende Mütter und Väter und andere Gruppen sind die Voraussetzungen für einen unbeschweren Bummel durch unsere Altstadt oft sehr problematisch. Zu viele Hindernisse sorgen dafür, dass ein Gang oder eine Fahrt zur Tortur werden können. Zwar sind unter anderem auf Vorschlag der Seniorenunion an verschiedenen Stellen Querungshilfen in das holperige Pflaster eingebaut worden. Aber es gibt immer noch Bereiche, die eines verkehrs- und behindertengerechten Ausbaues bedürfen. Etliche Unfälle und Stürze im Altbereich sprechen eine deutliche Sprache. Natürlich ist der Seniorenunion klar, dass die vorhandenen Mängel aus finanziellen Gründen nicht auf einen Schlag behoben werden können. Es sollte aber machbar sein, dass in den kommenden drei Jahren in einem vom Rat der Stadt Telgte zu beschließenden Prioritätenkatalog jährlich ein größerer Betrag in den Haushalt eingestellt wird, damit die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden.

Vielleicht könnte man dies auch durch Verzicht auf teure Gutachten, die in vielen Fällen nichts Konkretes bewirken, schneller finanzierbar machen. Der Beifall der Betroffenen wird allen gewiss sein, die dieses Anliegen der Senioren-Union positiv begleiten.

H.N.